

Editorial

Ilker Ataç, Markus Griesser und Simon Theurl

Der „lange Sommer der Migration“ (Hess et al. 2016) des Jahres 2015 zeichnete sich auch in Österreich durch zivilgesellschaftliches Engagement aus, um das politische Versagen zu kompensieren, die notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und die grundlegendste Versorgung der neu ankommenden Geflüchteten zu gewährleisten. Die durchaus ambivalenten Bemühungen von Teilen der Zivilgesellschaft (Ataç 2015; Simsa 2016) wurden medial breit aufgegriffen, wobei Engagement und Solidarität im Vordergrund standen. Die in Österreich unübliche mediale Berichterstattung zum Thema Migration hielt jedoch nicht lange an. Bereits im folgenden Winter hatte sich die öffentliche Debatte radikal von der „Willkommenskultur“ verabschiedet (Gruber 2017). Vor diesem Hintergrund dominierten die Ereignisse des Jahres 2015 die emotional geführten Wahlkämpfe auf Bundes- und Landesebene in den folgenden Jahren (Plasser/Sommer 2017). Bemerkenswerterweise wurde dabei die Frage der „Wiedererlangung von Kontrolle und Souveränität über Grenzen“ neben der FPÖ auch für SPÖ und ÖVP zum politischen Hauptthema. Eine in Österreich zunehmend auch in öffentlichen Debatten transportierte „Ablehnungskultur“ spiegelte sich nicht nur in der Politik wider, sondern wurde von dieser aktiv vorangetrieben: Das Prinzip der Stärkung der Binnen- und Außengrenzen avancierte so zum Kernziel der Asyl- und Migrationspolitik.

Von diesen Entwicklungen konnten insbesondere ÖVP und FPÖ profitieren: Aus den Nationalratswahlen 2017 ging die ÖVP als klare Siegerin hervor und bildete mit der FPÖ eine Koalition. Vor dem Hintergrund der krisenhaften ökonomischen und sozialen Entwicklungen der letzten Dekade gelang es der neuen Regierung bereits im Wahlkampf, die weitverbreitete Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit dem Thema Migration sowie mit der großen Koalition aus SPÖ und ÖVP zu verknüpfen. Unzufriedenheit mit der Arbeit der alten Bundesregierung, pessimistische Zukunftsaussichten sowie Migration und Sicherheit wurden dann auch als wichtigste Themen und zentrale Wahlmotive für die Wahlentscheidungen 2017 genannt (SORA 2017).

Für die ÖVP/FPÖ-Regierung der Jahre 2017–19 war die Bezugnahme auf Migration in der Folge von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Migrations- und Integrationspolitik selbst war dabei durch Kontinuität im Sinne einer an Sicherheits- und Nutzenlogiken orientierten Form „differenzieller Entrechtung“ von Migrant*innen gekennzeichnet (Horvath 2018). Im Bereich des Arbeitsmarkts angekündigte und teils umgesetzte Vorhaben der Regierung wiesen jedoch durchaus widersprüchliche Tendenzen auf. So wurden einerseits restriktive Maßnahmen gesetzt, wie etwa die 2018 vollzogene Aufhebung des Zugangs zur Lehrausbildung in Mangelberufen für Asylwerber*innen unter 25 Jahren. Dem standen Initiativen zu einer selektiven Öffnung des Arbeitsmarkts in anderen Bereichen, beispielsweise mittels Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte oder mittels Regionalisierung der Mangelberufsliste, gegenüber (Perchinig/Valchars 2019). Für den identitäts- und symbolpolitischen Diskurs der Regierung

Kurz-Strache wiederum eine zentrale Rolle spielte das Thema (Flucht-)Migration (Wodak 2018; Schindler et al. in diesem Heft), hinter dem andere, etwa verteilungsrelevante politische Debatten weitgehend verschwanden. Die – an Kopftuchverboten und zu schließenden Fluchtrouten geknüpfte – rassistische Mobilisierung verstellte zugleich den Blick auf die vielfältigen Realitäten der Migration und die ihnen zugrundeliegende politische Ökonomie.

Dabei ist die Flüchtlingsfrage eng mit politökonomischen Fragen verknüpft. Ludger Pries (2016) etwa argumentiert, dass die Flüchtlingsbewegungen vor dem Hintergrund einer Problemkonstellation zu verstehen sind, die er als die „neue transnationale soziale Frage“ beschreibt: Diese entstehen angesichts bewaffneter Auseinandersetzungen und organisierter Gewalt, die als innerstaatliche Konflikte in einem globalen Zusammenhang stattfinden. Es sind aber auch asymmetrische Handelsbeziehungen, die im Kontext global-historisch geprägter Ungleichheiten (Fischer/Parnreiter 2006) in vielen Ländern des globalen Südens das Fehlen regulärer Erwerbsmöglichkeiten bedingen und die Gestaltbarkeit der eigenen Lebensperspektiven maßgeblich einschränken. Zudem tragen Politiken der Regierungen im globalen Norden oft auch dazu bei, nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten in den Ländern des globalen Südens unterminieren. Nicht zuletzt erhalten Geflüchtete entweder als Folge eines positiven Asylverfahrens Zugang zum Arbeitsmarkt oder aber nehmen vielfach auf informellem Weg daran teil, was eine strenge Differenzierung zwischen Flucht- und Arbeitsmigration aus politökonomischer Perspektive zum Teil zweifelhaft erscheinen lässt.

Politische Ökonomie der (Arbeits-)Migration

In der (kritischen) Sozialwissenschaft waren solche politökonomischen Fragen ein zentraler Gegenstand der Ende der 1960er-Jahre in den USA entwickelten Theorie der Arbeitsmarktsegmentation. Diese beschäftigte sich in Abgrenzung zu neoklassischen Ansätzen mit Fragen der Spaltung des Arbeitsmarkts in relativ geschlossene Teilarbeitsmärkte, die sich u.a. in Bezug auf Arbeits- und Entgeltbedingungen unterscheiden und zwischen denen es kaum Mobilität gibt. Neben der vorrangig nachfrageseitig ansetzenden Erklärung der Ursachen für solche Spaltungsprozesse war dabei die Frage von zentraler Bedeutung, welche Rolle sogenannte „askriptive Merkmale“ wie beispielsweise Nationalität, Ethnizität oder auch Geschlecht für den Zugang zu den verschiedenen Segmenten spielen. Darüber sollte es gelingen, die Überrepräsentation von u.a. Migrant*innen und Angehörigen ethnischer Minderheiten in instabilen und niedrig-entlohnenden Arbeitsverhältnissen zu erklären, die zugrundeliegenden Mechanismen und Interessen zu analysieren und die damit verbundenen Folgen (z.B. Erwerbslosigkeit, Armut) zu untersuchen (einführend u.a. Sengenberger 1978; Samers 2010: 121–179).

Vor allem die frühen Segmentationsansätze wurden in den folgenden Jahrzehnten vielfach kritisiert – sei es für ihre mangelhafte Berücksichtigung von Prozessen der politischen Regulation oder für ihre Ignoranz gegenüber den mit Bewegungen der Migration verbundenen (Eigen-)Dynamiken (ebd.: 129ff.; Bojadžijev et al. 2003: 45ff.; Neuhauser in diesem Heft). Neuere politökonomische Arbeiten haben versucht, auf solche Kritiken zu reagieren. Exemplarisch verwiesen sei hier auf Saskia Sassen, die in ihrem Buch *The Global City: New York, London, Tokyo* (1991) neo-marxistische Diskus-

sionen mit den Debatten über Globalisierung verknüpft. Sie argumentiert, dass die Metropolen des Weltmarkts sich zu Zentren multinationaler Unternehmenszentralen entwickeln und so Nachfrage nach Arbeitskräften aus dem globalen Süden schaffen. Dabei prägt die globale Unternehmensstruktur den Bedarf nach spezifischen Dienstleistungen und trägt zu einer polarisierten Beschäftigungs- und Einkommensstruktur bei: Einerseits benötigt es zunehmend hochqualifizierte und gut bezahlte Arbeitskräfte, die im finanzwirtschaftlichen, im juristischen oder im Werbungssektor arbeiten. Parallel dazu steigt die Nachfrage nach gering qualifizierten und schlecht bezahlten Arbeitskräften in der Reinigungsbranche, Gastronomie und Pflegebranche, die insgesamt die Reproduktion des sozialen Lebens in den globalen Städten ermöglichen. Sassen untersucht dabei in ihrer Studie, wie Unternehmen in *global cities* einen Wandel bewirken, der Jobs für Migrant*innen in prekären Verhältnissen entstehen lässt und neue Formen von Ungleichheitsrelationen in den Städten hervorbringt.

Von solchen Studien abgesehen hat mit dem Bedeutungsverlust der Segmentationsansätze die Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie der (Arbeits-)Migration in der (kritischen) Migrationsforschung jedoch insgesamt an Bedeutung eingebüßt (siehe etwa auch *Kurswechsel* 1/2000: „Antirassismus: Positionen und Widersprüche“ bzw. *Kurswechsel* 2/2006: „Migration: Normalität der Ungleichheit? Confronting Inequalities!“). Dies verwundert angesichts der unverändert hohen Bedeutung des Themas, die bereits durch einen exemplarischen Blick auf ausgewählte Statistiken ersichtlich wird: Hatten etwa 2008 noch lediglich 17 Prozent der in Österreich Erwerbstätigen einen sogenannten Migrationshintergrund,¹ so waren es im Jahr 2018 bereits 23 Prozent. Zugleich sind die Angehörigen dieser Gruppe nach wie vor in bestimmten Branchen unter- und in anderen – wie beispielsweise im Bereich Beherbergung und Gastronomie (z.B. Tourismus) oder in dem der Unternehmensdienstleistungen (z.B. Gebäudereinigung) – massiv überrepräsentiert. Keineswegs zufällig handelt es sich bei letzteren häufig um solche Branchen, in denen es um die Arbeits- und Entgeltbedingungen besonders schlecht bestellt ist. Entsprechend sind Menschen ohne österreichische Staatsbürger*innenschaft auch öfter mit niedrigeren Lohnniveaus konfrontiert, häufiger im Niedriglohnssektor tätig, stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und in einem höheren Ausmaß armuts- oder ausgrenzungsgefährdet (Statistik Austria 2019).

Geschichte der Arbeitsmigration nach Österreich

Die Geschichte der Arbeitsmigration nach Österreich infolge des Zweiten Weltkriegs kann in drei Phasen unterteilt werden. Die erste Phase begann Anfang der 1960er-Jahre im Kontext der hohen Wachstumsraten der Nachkriegszeit und eines damit verbundenen Arbeitskräftemangels. In dieser ersten Periode hatten Arbeitsmigrant*innen beschränkte ökonomische und soziale Rechte (Matuschek 1985; Wollner 2007): Der Aufenthalt von Arbeitsmigrant*innen und deren Familien war an einzelne Arbeitgeber*innen gebunden, weshalb sie ihren Arbeitsplatz für eine lange Periode nicht frei wählen konnten. Zugleich verfügten sie über lediglich eingeschränkte soziale Rechte (z.B. kein Anspruch auf Notstandshilfe) und über keinerlei Aufenthaltssicherheit: Beim Verlust eines Arbeitsplatzes war die ganze Familie in Gefahr, abgeschoben zu werden. Das Primat der ökonomischen Nutzenlogik in Verbindung mit beschränkten Rechten führ-

te im Kontext der Wirtschaftskrisen von 1973/1974 und 1982, die auch einen partiellen Wandel des institutionellen Rahmens bedingten (z.B. Anwerbestopp 1973; Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975), zu einem kurzfristigen Rückgang der Zahl der Arbeitsmigrant*innen (Bauböck 1996: 14; Parnreiter 1994). Gleichzeitig kam es jedoch zur Etablierung dauerhafter Formen der Migration: Was ursprünglich als temporäre, rotierende Migration konzipiert wurde, verstetigte sich über Arbeitsmigration und Familienzusammenführung. Bis Anfang der 1990er-Jahre kamen im Kontext der Nachfrage nach Arbeitskräften hauptsächlich Migrant*innen aus der Türkei und Jugoslawien. Die bereits bestehenden Migrationsnetzwerke und quasi offenen Grenzen unterstützten diese Art der Arbeitsmigration.

Anfang der 1990er-Jahre kam es dann zu einem Umbruch in der österreichischen Arbeits- und Migrationspolitik, wodurch die zweite Phase eingeleitet wurde. In diesem Zusammenhang etablierte sich ein doppeltes Quotensystem: eine Quote im Sinne der Festlegung von Landeshöchstzahlen für den Anteil ausländischer Arbeitskräfte am gesamten Arbeitskräftepotenzial und ab 1993 eine zweite Quote für den Neuzuzug. Während die erste Quote eine flexible Adaptierung migrantischer Arbeitskraft an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts ermöglichen sollte, zielte die zweite darauf ab, die Einwanderung nach Österreich zu reduzieren. Durch diese Maßnahmen wurde der Arbeitsmarktzugang insbesondere für Familienangehörige erschwert, sodass die Aufenthaltsgenehmigung nicht automatisch mit einem Recht auf Zugang zum Arbeitsmarkt verbunden war (Ataç/Reinprecht 2015). Spätere Regulierungen führten dazu, dass die klassische Form der Arbeitsmigration eingeschränkt wurde: Ende 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre wurde einerseits die Saisonarbeiterregelung erweitert und andererseits die Arbeitsmigration auf Schlüsselkräfte reduziert (Horvath 2014). Damit war die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen nach Österreich für den alleinigen Zweck der Arbeit auf diese beiden Kategorien eingeschränkt.

In einer dritten Phase seit Mitte der 2000er-Jahre und vermehrt seit 2011 (Auslaufen der Übergangsregelungen für den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt) prägte die Arbeitsmarkttöffnung für Staatsangehörige der neuen EU-Mitgliedsländer die Arbeitsmigration. In diesem Rahmen wird der Bedarf an Arbeitskräften vorrangig durch EU-weite Binnenmigration befriedigt (Reinprecht in diesem Heft). Während dieser Phase kam es einerseits durch die Harmonisierungen mit der EU zu einer Verbesserung der Situation von Drittstaatsangehörigen insbesondere im arbeits- und sozialrechtlichen Bereich (Ataç/Reinprecht 2015). Andererseits führte die zunehmende EU-Migration dazu, dass etwa 57 Prozent der Zugewanderten EU/EFTA-Staatsangehörige sind (Jahr 2014), während die steuerbare Zuwanderung im Bereich der Arbeitsmigration lediglich ca. zwölf Prozent ausmacht, bestehend aus Saisonarbeiter*innen und Schlüsselarbeitskräften aus Drittstaaten sowie sonstigen Drittstaatsangehörigen (Gächter et al. 2015).

Trotz Unterschieden gab es in all diesen drei Phasen gewisse Gemeinsamkeiten. So kam es etwa im sozialpartnerschaftlichen Arrangement der politischen Gestaltung von Arbeitsmigration zu einem grundsätzlichen Konflikt zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen-Organisationen: Während die Letzteren einer verstärkten Zuwanderung überwiegend skeptisch gegenüberstanden, befürworteten Erstere Arbeitsmigration. Das führte dazu, dass die Entscheidungen über Migration insofern zu einem Gegenstand politischer Tauschgeschäfte wurden, als die Arbeitnehmer*innenseite ihre Zugeständnisse in diesem Bereich (z.B. Rot-Weiß-Rot-Karte) an Forderungen in anderen

Bereichen knüpfte (z.B. Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz) (Bauböck 1990; Griesser/Sauer 2015; Löw in diesem Heft). Gemeinsam ist diesen drei Phasen aber auch eine sozioökonomische Stratifizierung durch die Regulierung des Zugangs zu sozialen Leistungen und zum Arbeitsmarkt. Die Indexierung und damit in der Regel Reduktion der Familienbeihilfe bei Arbeitsmigrant*innen aus der EU, deren Kinder dauerhaft in einem anderen EU/EWR-Mitgliedsland leben, bildet ein aktuelles Beispiel. Ein anderes ist die Regulierung der 24-Stunden-Betreuung im Jahr 2007, die zwar eine Regularisierung der Arbeit von Pflegekräften aus vorwiegend osteuropäischen Ländern bedeutete. Der Umstand, dass dies größtenteils in Form einer selbstständigen Beschäftigung passiert, bedingt jedoch eine Verschlechterung von Entgelt- und Arbeitsbedingungen im Vergleich zu unselbstständigen Beschäftigungsformen.

Hier wird deutlich, dass durch die flexible Akkumulationslogik des neoliberalen Kapitalismus und seine politische Regulation (zwischen rekommodifizierenden Sozial- und restriktiven Migrationspolitiken) nach wie vor, wenn auch in veränderter Form Segmentationsprozesse des Arbeitsmarkts in Gang gesetzt und reproduziert werden (Hürtgen in diesem Heft). Diese stehen daher auch im Fokus der vorliegenden *Kurswechsel*-Ausgabe. Zugleich wird versucht, die Komplexität der politischen Ökonomie der (Arbeits-)Migration zu erfassen, indem zum einen akteursbezogene Aspekte im Sinne gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse miteinbezogen werden (Kollektivakteure wie Gewerkschaften, aber auch die extreme Rechte). Zum anderen geht es darum, im Sinne migrantischer Kämpfe auch Migrant*innen selbst als Akteur*innen in den Blick zu nehmen (Bлум/Birke in diesem Heft).

Der Wandel der Debatten seit dem „langen Sommer der Migration“ hat nämlich nicht nur die *Framing*-Dominanz rechter Kräfte verdeutlicht, sondern auch die Schwäche linker Kräfte, die Komplexität der politischen Ökonomie der Migration zu artikulieren und zu vermitteln. Das vorliegende Heft möchte einen Beitrag dazu leisten, besagte Schwäche zu korrigieren.

Zu den Beiträgen²

Johanna Neuhauser eröffnet den Heftschwerpunkt mit einer theoretisch-konzeptionellen Standortbestimmung. Ausgehend von der These einer sich in den Sozialwissenschaften spiegelnden Vernachlässigung von Arbeitsmigration in öffentlichen Debatten wirft sie einen theoriegeschichtlichen Blick zurück auf die politökonomischen Segmentierungstheorien der 1970er-Jahre. Deren Fortentwicklung und partielle Revision mittels u. a. gendertheoretischer und sozialkonstruktivistischer Ansätze könne der Autorin zufolge nämlich nach wie vor dazu dienen, die „Funktionalität migrantischer Arbeit“ zu bestimmen. Gefordert sei daher, wie Neuhauser resümierend festhält, ein theoretischer Rahmen, der strukturelle Faktoren auf der Ebene kapitalistischer Akkumulation und politischer Regulation ebenso berücksichtigt wie handlungsbezogene Faktoren auf der Ebene alltäglicher Interaktion.

Stefanie Hürtgen befasst sich in ihrem ebenfalls theoretisch-konzeptionell ausgerichteten Beitrag in der Folge mit der transnationalen Organisationsweise von Arbeit und Produktion und schlägt vor, diese stärker als bisher in der kritischen Migrationsforschung zu berücksichtigen. Infolge einer Auseinandersetzung mit der Persistenz des

„methodologischen Nationalismus“ in der politökonomischen Migrationsdebatte skizziert sie dabei das transnational-flexible Produktionsregime der Gegenwart und versucht, Migration in diesem Kontext als Bestandteil der sozialräumlichen Fragmentierung bzw. der damit verbundenen Prekarisierung von (Lohn-)Arbeit zu bestimmen. Mit dem von Hürtgen entwickelten Projekt einer „Kritischen Politischen Ökonomie transnational fragmentierter Arbeitskraft“ verbunden ist das Plädoyer, Solidarität auf neue, nämlich „glokale“ Art und Weise zu konzeptualisieren.

In Christoph Reinprechts Beitrag wird das anhand einer Auseinandersetzung mit dem Thema der innereuropäischen Migration konkretisiert. Dazu wird in einem ersten Schritt die Herausbildung des europäischen Migrations- und Mobilitätsregimes rekonstruiert, um alsdann verschiedene Typen und Dynamiken europäischer Binnenmigration zu skizzieren. Anhand des Beispiels der Centrope (Central Europe) Region geht der Autor schließlich näher auf aktuelle Formen der (Pendel-)Migration ein. In diesem Zusammenhang erläutert er, inwiefern „zirkuläre Migration“ im Sinne grenzüberschreitender Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der Europäischen Union weitreichende Auswirkungen gleichermaßen auf die Herkunfts- wie auch auf die Zielländer hat. Hinzu komme, wie Reinprecht festhält, ein starkes Ungleichgewicht zwischen der ökonomischen Entwicklung und jener der Arbeitnehmer*innenrechte.

Der Beitrag von Felix Bluhm und Peter Birke beschäftigt sich im Anschluss daran mit einer konkreten Branche, nämlich der Fleischindustrie. Einleitend skizzieren die Autoren dabei die durch Expansion, Konzentration und Rationalisierung gekennzeichnete Entwicklung besagter Industrie in Deutschland, die auf der extensiven Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte basiert. Am Beispiel der Schlacht- und Zerlegeindustrie im Oldenburger Münsterland machen Bluhm und Birke jedoch deutlich, dass die hier Beschäftigten – entgegen weitverbreiteter Annahmen – über durchaus beträchtliches Machtpotenzial verfügen. Die darauf basierende Konflikt- und Handlungsfähigkeit der Beschäftigten äußert sich in verschiedenen Formen individueller und zum Teil auch kollektiver Gegenwehr, auf welche die Unternehmen der deutschen Fleischindustrie durch vielfältige Strategien zur Arbeitskräftesicherung reagieren.

Die Frage, wie Gewerkschaften mit den mit Migration verbundenen Herausforderungen umgehen, steht in der Folge im Zentrum des Artikels von Neva Löw. Dabei fokussiert die Autorin mit der Frage nach der Positionierung österreichischer Gewerkschaften zu den Ereignissen des „langen Sommers der Migration“ auf einen spezifischen Aspekt und untersucht, inwiefern solidarische Kräfte hier Bedeutung erlangen konnten. Auf der Grundlage eigener Forschungen rekonstruiert sie die vielfältigen Dynamiken, welche das gewerkschaftliche Agieren in diesem Zusammenhang charakterisierten. Dabei kommt sie zum Schluss, dass der Wandel der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse infolge des Sommers der Migration bestehende Widersprüche der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in ihrem Verhältnis zu (Flucht-)Migration vertieft hat.

Saskja Schindler, Jörg Flecker und Carina Altreiter beschäftigen sich in ihrem abschließenden Beitrag zum Heftschwerpunkt mit extremen und populistischen Rechtsparteien sowie deren Projekt einer „Ethnisierung von Verteilungsfragen“. Vor dem Hintergrund einer partiellen Transformation in Richtung Wohlfahrtschauvinismus analysieren die Autor*innen dabei zum einen das von der FPÖ propagierte Konzept einer „exkludierenden Solidarität“, welches wesentlich auf dem Ausschluss von Migrant*innen

basiert. Zum anderen untersuchen sie, wie verbreitet dieses – in der politischen Praxis seitens der FPÖ vielfach zugunsten neoliberaler Positionen hintangestellte – Solidaritätskonzept in der österreichischen Bevölkerung ist. Dabei kommen sie zum Schluss, dass trotz der teils erfolgreichen Ethnisierung von Verteilungsfragen Ambivalenzen fortbestehen, die auch politisch von Relevanz sind.

Das **Debattenforum** nimmt einmal mehr die Diskussionen aus dem *Kurswechsel* 3/2017 zu aktuellen Umbrüchen in der Weltwirtschaft auf. Unter dem Titel „Krise der Globalisierung“ stehen diesmal der verschärfte Konflikt zwischen den USA und China, die zwiespältige Rolle der EU und mögliche Anleihen bei Keynes als Antwort auf das anhaltende Problem makroökonomischer Ungleichgewichte im Fokus.

Anmerkungen

- 1 Die Statistik Austria (2019: 24) fasst als „Personen mit Migrationshintergrund“ – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – all jene Menschen, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden.
- 2 Die Beiträge der vorliegenden *Kurswechsel*-Ausgabe wurden einem anonymen Review-Verfahren unterzogen. Für ihre Unterstützung bedanken wir uns als Herausgeber des Heftschwerpunkts an dieser Stelle bei allen Gutachter*innen. Für ihre hilfreichen Kommentare zum Heftkonzept sei außerdem der *Kurswechsel*-Redaktion und insbesondere Bettina Haidinger und Johannes Peyrl gedankt.

Literatur

- Ataç, Ilker (2015): Freiwilligenarbeit als Notnagel oder Neuformierung von Zivilgesellschaft? In: *Kurswechsel* 2015 (4), 80–86.
- Ataç, Ilker/Reinprecht, Christoph (2015): Europäisierung der Migrationspolitik. Mobilität nach innen, Abschottung nach außen. In: BEIGEWUM (Hg.): *Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt*. Wien: Mandelbaum Verlag, 275–292.
- Bauböck, Rainer (1990): Kein Kurswechsel des ÖGB in der Ausländerpolitik. In: *Kurswechsel* 1990 (1), 48–56.
- Bauböck, Rainer (1996): „Nach Rasse und Sprache verschieden“: Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute. Reihe Politikwissenschaft No. 31. Wien: Institut für Höhere Studien.
- Bojadžijev, Manuela/Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (2003): Das Rätsel der Ankunft. Von Lagern und Gespenstern – Arbeit und Migration. In: *Kurswechsel* 2003 (3), 39–52.
- Fischer, Karin/Parnreiter, Christoph (2006): In Memoriam: Andre Gunder Frank. Was bleibt von der „Entwicklung der Unterentwicklung?“. *Journal für Entwicklungspolitik* 2006 (1).
- Gächter, August/Manahl, Caroline/Koppenberg, Saskia (2015): Identifizierung von Arbeitskräftemangel und Bedarf an Arbeitsmigration aus Drittstaaten in Österreich. https://www.emn.at/wp-content/uploads/2017/01/EMN_LabourShortages2015_AT_EMN_NCP_de.pdf, 15.09.2019.
- Griesser, Markus/Sauer, Birgit (2015): Zwischen Konjunkturpuffer und Tauschobjekt. Klassenkompromisse, Gewerkschaften und Migration im Österreich der Zweiten Republik. In: *Kurswechsel* 2015 (4), 58–66.
- Gruber, Oliver (2017): „Refugees (no longer) welcome“: Asylum discourse and policy in Austria in the wake of the 2015 refugee crisis. In: Barlai, Melani/Fähnrich, Birte/Griessler, Christina/Rhomberg, Markus (eds.): *The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses*. Berlin: LIT, 39–57.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon (Hg.) (2016): *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*. Berlin: Assoziation A.
- Horvath, Kenneth (2014): *Die Logik der Entrechtung: Sicherheits- und Nutzendiskurse im österreichischen Migrationsregime*. Göttingen: V&R unipress.

- Horvath, Kenneth (2018): Entrechtung als politisches Projekt. „Migrations- und Integrationspolitik“ in Zeiten von Schwarz-Blau II. In: *Kurswechsel* 2018 (3), 83–90.
- Matuschek, Helga (1985): Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985. Der Kampf um und gegen die ausländische Arbeitskraft. In: *Journal für Sozialforschung* 1985 (2), 159–198.
- Parnreiter, Christof (1994): Migration und Arbeitsteilung. AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise. Wien: Promedia.
- Perchinig, Bernhard/Valchars, Gerd (2019): Einwanderungs- und Integrationspolitik. In: Tálos, Emmerich (Hg.): *Die Schwarz-Blau Wende in Österreich: Eine Bilanz*. Wien: LIT Verlag, 413–439.
- Plasser, Fritz/Sommer, Franz (2017): Richtungswahl 2017. https://politische-akademie.at/userfiles/files/downloads/Determinanten_und_Motive_der_Wahlentscheidung.pdf, 16.05.2019.
- Pries, Ludger (2016): Migration und Ankommen. Die Chancen der Flüchtlingsbewegung. Frankfurt/New York: Campus.
- Samers, Michael (2010): *Migration (Key Ideas in Geography Series)*. Abingdon/New York: Routledge.
- Sassen, Saskia (1991): *The Global City: New York, London, Tokyo*. Princeton: Princeton University Press.
- Sengenberger, Werner (Hg.) (1978): *Der gespaltene Arbeitsmarkt. Probleme der Arbeitsmarktsegmentation*. Frankfurt/New York: Campus.
- Simsa, Ruth (2016): Beiträge der Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Österreich – Herausforderungen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. In: *SWS-Rundschau* 2016 (3), 343–361.
- SORA (2017): *Wahlanalyse Nationalratswahl 2017. SORA/ISA im Auftrag des ORF*. https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2017_NRW_Wahlanalyse.pdf, 03.09.2019.
- Statistik Austria (2019): *Migration und Integration: Zahlen, Daten, Indikatoren 2019*. Wien: Statistik Austria.
- Wodak, Ruth (2018): Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. In: *Politische Vierteljahresschrift* 59 (2), 323–335.
- Wollner, Eveline (2007): Die Reform der Beschäftigung und Anwerbung ausländischer Arbeitskraft Anfang der 1960er Jahre in Österreich. In: *zeitgeschichte* 2007 (4), 213–225.